

Schlesische

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
 Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribüne“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die rote Fahne“.
 Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Niederhermsdorf, Seiffendorf, Neu-Salzbrenn, Wehktein.

Anzeigebreis: Die 10zeilige Mittelzeile ober deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Bekanntmachungen 5 Goldpfennig. — Kleinanzeigenpreis: Die Mittelzeile 3mal oben deren Raum im Zeit 50 Goldpfennig

Sonnabend, 9. August 1924

Abnahmebreis: Bei wöchentlich 1-maligen Erscheinungen monatlich 60 Pf., bei wöchentlich 2-maligen Erscheinungen monatlich 100 Pf., bei wöchentlich 3-maligen Erscheinungen monatlich 150 Pf. — Abnahmebreis für den Vertrieb: 10 Pf. — Abnahmebreis für den Vertrieb: 10 Pf. — Abnahmebreis für den Vertrieb: 10 Pf.

Fort mit dem Staatsgerichtshof!

Die Sozialpolitik des Zentrums.

Weg mit Niedner!

(Eigener Drahtbericht)

Leipzig, 8. August.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag im Reichstag eingebracht:

1. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ist sofort aufzulösen.
2. Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes, Senatspräsident Dr. Niedner ist wegen bewusster Rechtsbeugung sofort in den Anklagezustand zu versetzen.
3. Die Opfer Niedners und die übrigen vom Staatsgerichtshof verurteilten politischen Gefangenen sind sofort in Freiheit zu setzen.

und der reaktionäre Reichstag die Verurteilung zurückweist und die kommunistischen Anträge ablehnt.
 Hier kann nur eine Macht helfen: die Arbeiterschaft selbst. In allen Betrieben und Fabriken, in jedem Kontor, in allen Organisationen muß der Ruf erschallen: **Ausweg mit Niedner! Heraus mit den Opfern der Niedner-Justiz!**
 Aber auch die Reichswehrsoldaten im gesamten Reich, die Schutztruppen müssen erkennen, daß es hier um ihre Sache geht. Wenn ist es unbekannt, daß unzählige Waffen an die baskenkreuzerischen Organisationen verschoben worden sind? Wo hat man hier von einer Bestrafung gehört? Von einem Angeklagten, dem gar nicht nachgewiesen ist, daß er Waffen an die Arbeiter abgegeben hat, erklärt der Vorsitzende gestern, daß er an die Wand gehört.
 Diese Republik wird auch das billigen, wie sie die ganze Justizreform in den Jahren seit 1918 gebilligt hat, wenn die Arbeiter aus ihrer Untätigkeit nicht erwachen. Es wäre eine unauslöschliche Schande für das deutsche Proletariat, wenn es nicht den Rücktritt Niedners erzwingen würde, wenn es dubien würde, daß die Angeklagten diesmal ebenso juristisch abgemordet werden wie die Königsberger und Stuttgarter Verurteilten.

Von Peter ...
 Die Zahl derjenigen Arbeiter, die der Zentrumspartei, d. h. der Christlich-Sozialen Partei angehören und dieser Partei regelmäßig bei den Wahlen ihre Stimme geben, geht in die Hunderttausende.
 Nur die Unkenntnis vom Wesen dieser Partei kann solches erreicht haben.
 Nur die Tatsache, daß das Zentrum wie keine andere Partei in der demagogischen Weise religiöse Gefühle für seine Politik auszunutzen versteht, macht es überhaupt begreiflich, daß schwerförende, ausgebeutete, bis aufs Hemd ausgeplünderte christliche Proletarier zu dieser Partei stehen, d. h. zu ihren eigenen Ausplünderern stehen.

In der heutigen Vormittagsitzung gab es bei den weiteren Verhandlungen gegen die angeklagten Arbeiter und Soldaten sofort einen Zusammenstoß zwischen der Verteidigung und dem Senatspräsidenten.

Die Rechtsanwälte Dr. Samter und Dr. Herzfeld, welche gestern ihre Verteidigung niedergelegt hatten, nahmen im Sitzungssaal Platz.

Auf Befehl des Dr. Niedner wollte der diensttuende Schöffe die Anwälte aus dem Saale weisen. Erst nach Protest des Rechtsanwalts Dr. Döring wurde die Anwesenheit gestattet. Hierbei kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem erwähnten Anwalt und Dr. Niedner, die dazu führte, daß Döring unter Abgabe einer sehr scharfen Erklärung ebenfalls wegen Befangenheit Niedners sein Amt niederlegte. Daraufhin mußte die Sitzung auf 3 Uhr nachmittags vertagt werden. Am Nachmittag war im zwischen der kommunistischen Rechtsanwaltschaft Obuch eingetroffen, der die Vertagung der Verhandlungen forderte. Da Samter und Herzfeld bekanntlich Proteste erheben gegen Niedner an Reichstag, Reichsjustizminister und Reichspräsidenten abgehandelt haben.

Nach Ablehnung des Antrages legte Obuch ebenfalls sein Amt als Verteidiger nieder. Der neubestellte bürgerliche Staatsanwalt verlangte ebenfalls Vertagung, da er andernfalls nicht in der Lage ist, die Angeklagten zu vertreten. Daraufhin wurde die Sitzung bis Samstag vertagt.

Es besteht die größte Gefahr, daß die Fortdauer der Verhandlungen und der Angeklagten auf Verurteilung Niedners abzielt wird, daß Ebert genau so wie das Schorfmachereinstellung

In jedem Betrieb, in jeder Organisation muß Stellung genommen werden, aus jeder Kaserne heraus muß den Herrschaften klar gemacht werden: **Die Werkstätten sind keine Schafe, die sich untätig abbläuen lassen! Sie werden es nicht dulden, daß ihre Besten hinter Zuchthausmauern verrotten werden, um dort zu verrotten!** Sie werden es nicht zulassen, daß ein wüstenheller Terror gegen Arbeiter und Soldaten entwickelt, weil er weiß, daß er Vorsitzender des höchsten Gerichtshofs der Republik ist. Weil er weiß, daß es gegen die Urteile seines Gerichts keine Berufung mehr gibt.

Nun, es gibt eine höhere Instanz als diesen Staatsgerichtshof, und das sind die werktätigen Massen! Es gibt noch ein Recht der gequälten Arbeiter, Angestellten, Beamten und Soldaten. An ihr Urteil wenden wir uns, und das kann nur lauten:

Weg mit Niedner!

Fort mit dem Staatsgerichtshof!

Heraus mit den Opfern der Niedner-Justiz!

Vor den Gerichtshof des Proletariats mit den Justizverbrechern!

Es ist endlich an der Zeit, dieser angeblich christlichen Partei die Nase vom Gesicht zu reißen. Durch nichts kann dem christlichen Arbeiter besser das Wesen des Zentrums aufgezeigt werden als durch die praktische Politik des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften, auf die man sich so gern gegenüber der angeblich reinen Agitationspolitik der Kommunisten beruft.
 Wir wollen ganz absehen von der Tatsache, daß es die Zentrumsmänner Marx und Brauns gewesen sind, die im Auftrag der Schwerindustrie Belagerungsstellungen, Ermächtigungsgesetz und Raubzüge auf den Währungsstand und alle anderen sozialen Errungenschaften durchgeführt haben. Wir wollen heute nicht bis ins einzelne erläutern, wie die mit getauften Mandatarien in den Parlamenten stehenden Schwerindustriellen vom SARe eines Abgeordneten der Zentrumspolitik den groß-antitalianischen Grundriss verfolgen, wie die Zentrumzeitungen nur als Propagandaorgan für kapitalistische Profitinteressen der Schwerindustrie fungieren, wie die christlichen Gewerkschaftsführer für die Deffektivität untauglich, auf Grund schwerindustrieller Zentrumsgelder, für die nötige „Ruhe und Ordnung“ in den Reihen der christlichen Arbeiter zu sorgen haben usw. Hier soll auch nicht des näheren die himmelschreiende Tatsache beleuchtet werden, wie katholische Bischöfe zwar christlichen Arbeitern bei Strafe des Ausschlusses von religiösen Gnadenmitteln verbieten, mit andersgläubigen oder freireligiösen Kollegen in einer Gewerkschaft ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten, aber es den christlichen Kapitalisten selbstverständlich ruhig gestatten, in absolut interkonfessionellen Arbeitervereinigungen mit Protestanten, Juden und Heiden ihre Profite mit den brutalsten Mitteln des Lohnbruchs, der Arbeitszeitverlängerung und der Proletarisierung durch Aussperrungen zu erhöhen. Auch die für Arbeiter äußerlich lehrreiche Leidensgeschichte jener christlichen Proletarier, die zu Tausenden als Arbeitslose auf Straßenpfadern fliegen, mit ihren Familien brotlos gemacht von ihrer „Arbeitslosigkeit“ und Parteigenossen Thönsen und Klöpper soll nicht ausführlich erzählt werden.

Heute gilt es nur aus letzter Zeit einige Stichproben der „praktischen“ Parlamentsarbeit des Zentrums zu liefern. Die Zentrumswörter werden zu diesen absoluten Tatsachen unbedingt Stellung nehmen müssen. Mögen christliche Arbeiter kommunistische Behauptungen gegen das Zentrum sonst als „Agitation“ und „Verhetzung“ von vornherein ablehnen, hier wird das nicht möglich sein, denn die Richtigkeit der nachfolgend gegebenen parlamentarischen Stichproben kann zu jeder Zeit allemächtig festgestellt werden.

Wer erinnert sich nicht dessen, welche große Rolle die Sozialpolitik im Wahlkampf gespielt hat. Das Zentrum, das wie alle übrigen bürgerlichen und sozialdemokratischen den Kommunisten stets den Vorwurf der „verantwortungslosen Agitation“ gemacht hat, ging besonders ausgiebig hantieren mit ihrem „praktischen Christentum“, das an den Millionen von Sozialrentnern, Arbeitslosen, Kriegsbeschädigten, Arbeitslosen usw. angewandt werden soll, wenn erst einmal die Herren Zentrumsgesandten wieder auf den Parlamentssesseln sitzen würden.

Noch bei der ersten öffentlichen Aussprache im Plenum des Reichstages trifteten die Zentrumsgesandten, wie z. B. Franz Teufel aus Köln, von christlicher Nächstenliebe, die den sehr schönen Satz prägte: „Wir wollen die christlichen Grundzüge von Gerechtigkeit und Liebe praktisch am lebendigen hilfsbedürftigen Menschen verwirklichen.“ Aber als die 45 sozialpolitischen Anträge, die in ihrer hohen Zahl zur Genüge das Agitationsbedürfnis und das — schlechte Gewissen der Parteien beleuchteten, vom Plenum des Reichstages in der Mühle der Ausschüsse geworfen wurden, begann das Abwürgungsstück, weil jetzt die „Christen“ in den Dunkelkammern der Ausschüsse leichter ihre Agitationsrede von den „christlichen Grundzügen der Gerechtigkeit und Liebe“ abstreifen konnten. Kreisch machten sie dabei ihre Rechnung ohne die — Kommunisten, die jetzt auch in so großer Zahl in den Reichstag eingerückt waren, daß auch ihnen Sitz und Stimme in den Ausschüssen gegeben werden mußten.

Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, die Gelegenheit gehabt hätte, den tagelangen Verhandlungen erst des sozialpolitischen und dann des Arbeitslosenkommissionen teilzunehmen, hätte gewiß auch einen brennenden Wunsch verspürt, nämlich den: Wenn die doch abertausenden Arbeiterwähler des Zentrums sich diesen widerlichen Kaufhandel mit ansehen und anhören könnten.

Hätte das Zentrum noch die Plenumsanträge selbstständig eingebracht, so würden die Eber, Teufel, Repp, Geisler usw. im Ausschuss nur noch zu

Aus dem böllischen Lager.

Uns ist von dem bekannten Wind ein Brief eines böllischen Abgeordneten auf den Tisch geweht worden, aus dem klar hervorgeht, daß die böllischen Hand in Hand mit den Besatzungsbehörden arbeiten. Der Brief sagt darüber, daß die Kommunisten im besetzten Gebiet, vor allem in Weiskalen, nichts mit dem separatistischen Treiben zu tun haben wollen. „Sonderpartei“ und „Friede-Bund“ nehmen an allen unter dem Schutze der Besatzung stattfindenden Sitzungen teil. Die rheinisch-republikanische Wache steht ebenfalls unter dem Besatzungsschutz.“ Aus dem Brief dieses böllischen Führers aus München geht hervor, daß er sehr genau über die Verhandlungen des Generals Degoutte mit den Separatisten unterrichtet ist. Diese enge Verbindung mit den bairischen und rheinischen Separatisten mit den französischen Behörden ist uns nichts Neues. Im Ruhr-Machhausprozeß sind ja diese Verbindungen schon festgelegt worden. General Degoutte will durch Eichel und Provokatoren die Kommunisten zum Loslassen veranlassen, um dann mit rücksichtsloser Waffengewalt gegen die Kommunisten vorzugehen.

In Weiskalen hat der Besatzung wenig an einem freien Rheinland. Degoutte ließ durchblicken, daß er einmal ganz radikal in kommunistischen Kreisen aufräumen möchte um seine Truppen vor kommunistischer Propaganda zu bewahren. Unsere Aufgabe ist es nun, verlässliche Leute zu finden, die im besetzten Gebiet die Arbeiter (Kommunisten) zur Mitwirkung verleiten, um sie dann auf irgendeine Weise mit den Besatzungstruppen in Konflikt zu bringen.

Klar und deutlich zeigt sich hier der arbeitserföndliche Charakter der Böllischen. Sie arbeiten Hand in Hand mit den französischen Generalen, für die sie als agitat provokatoren tätig sind.

Die Sozialdemokratie macht SPD-Propaganda.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratie verbreitet unter die SPD-Funktionäre die acht Seiten starke Broschüre unserer Partei: „Instruktion für die neu gewählten kommunistischen Gemeindevertreter“.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
 Nachstehend geben wir ihnen ohne Kommentar einen Auszug der kommunistischen Zentrale (wundervolles Deutsch!) zur Information unserer Parteigenossen bekannt.

Der Parteivorstand.
 Wir freuen uns, daß die Sozialdemokratie so eifrig unser Propagandamaterial verbreitet. Wir werden ihr weiteres Material gegen die Verrohung der Verbreitung aufstellen. Soffentlich werden die sozialdemokratischen Gemeindevertreter nach unseren Instruktionen handeln?

Die Reitpeitsche der Fleißnerpolizei.

Die „Tribüne“ Neuesten Nachrichten“ schreiben über das Verhalten der Schutzpolizei am 3. August:

„So greift man von vornherein mit starker Faust ein und für die Veranstaltung am Vollerichtabendmal hatte man ebenso wie für den Aufmarsch des Gewerkschaftsfestes Sicherheitsmaßnahmen getroffen, die als vorbildlich bezeichnet werden müssen. Besonders glücklich war auch der Gedanke, für die Abperrungen berittene Mannschaften der Landpolizei zu verwenden. Die langen Reitpeitschen werden offensichtlich weit mehr respektiert als der Gummimüppel. Es war eine Leistung, die Anerkennung verdient.“

Fleißner und die sächsische Sozialdemokratie können auf diese Anerkennung von Seiten des reaktionären Leipziger Stadtrats stolz sein. Gewerkschaftsunruhmungen, die durch die Reitpeitschen der Schutzpolizei gekühlt werden müssen, sind die neuesten Errungenschaften der Sozialdemokratie.

Arbeiterkämpfe.

Im westlichen Mecklenburg, im Amtsbezirk Sagow, sind die Landarbeiter von 15 Gütern in den Streik getreten. Die Zahl ist in Stärke von 200 Mann eingeleitet worden. Der DDB bleibt seiner alten Verräterrolle treu, er „empfehl“ den Landarbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit, verlangt also, daß die Landarbeiter den Junkern für Hungerlöhne weiter große Profite herausfinden.

Auch ein Schlesier unter den Opfern Haarmanns?

Stettin, 8. August.
 Wenn Ansehen noch ist auch der unendliche Scharfer Partei hat hier ein Opfer des Haarmanns gefunden. Es ging vor über Jahresfrist nach Hannover. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Das letzte Lebenszeichen kam aus Hannover.

Aus allen Teilen Deutschlands kommen Nachrichten über weitere Opfer Haarmanns. Die Partei notwendig jetzt wobei die Anzahl der Ermordeten. Unter anderem in Hannover, das den Polizeivertrag ausgedehnt hat, ist von Moske auf 4 Wochen verboten worden.

die sofort in Berlin auf dem Zentralnationalen Propaganda- und dem Gewerkschaftlichen Zentralen die Abnahme in den Ab-
schanden von sozialpolitischen Maßnahmen übernahmen.
Unter den Abgeordneten des Reichstages prägnant fast
sicherlich in einer Reihe für die Sozialpolitik,
der Sozialpolitik und der Zentralpolitik.

Das Zentrum war es vor allem, das dem Reichspräsidenten
der Arbeiter und dem sozialistischen Arbeiterminister Dr.
Brauns zuhörte, als dieser die Ablehnung des kommunikativen
Mitgliedes auf Grund der Ablehnung der Sozialpolitik
erfolgte. Der Reichspräsident hat den sozialistischen Geset-
stimmungen verlangt. Die sozialistischen Arbeiter haben sich als
bei ihnen nicht. Die sozialistischen Arbeiter haben sich als
bei ihnen nicht. Die sozialistischen Arbeiter haben sich als
bei ihnen nicht.

Das Reich hat aber in der Zentralpolitik eigene
beizugehen im sozialistischen Arbeiterministerium. Die Arbeiter
sollte fester stehen in dem Moment, wo im Haushaltungsaus-
sahs der Sozialpolitik Minister Dr. Luther erklärt, die Mittel
soll nicht bestreiten zu wollen.

Ein markantes Beispiel: Der sozialpolitische Ausschuss be-
schloß eine Erhöhung der Familienzulage für Erwerbstätige
um 100 Prozent, also für eine Frau von 22 Pfennig auf 44
Pfennig und für ein Kind von 17 Pfennig auf 34 Pfennig. Dr.
Luther wollte nur Mittel für eine 40prozentige Erhöhung be-
willigen. Schon lagen die Zentralpolitiker vor dem Kaiser
sah auf den Sozialpolitik Minister ein Akkord zustande,
der 50 Prozent erbrachte.

Christliche Gewerkschaften: Auch wird man entgegen dem
kommunistischen Antrag auf eine Erhöhung des Minimum nach dem
Zentralpolitik liegt, welche die für die Summe von einer
Mark 10 Pfennig geben. Christliche Gewerkschaften man ganze
33 Pfennig täglich (!) nach dem Zentralpolitik. Bekannt ist
sobald eine Gewerkschaften Erhöhen und Arbeiter droht
los machen, für eine herrliche Leben bei Euten - „Christlichen“
Vertretern!

Christliche Arbeiter: Die ihr ja zum größten Teil
finanziell nach unter der Gewerkschaftenunterstützung steht, ihr
nicht wollen, daß die Zentralpolitik den kommunikativen
Antrag auf Gewährung einer Unterstützung für Arbeiter in
Höhe des bei voller Arbeit zu verdienenden Lohnes abge-
lehnt hat.

(Fortsetzung folgt.)

Macdonalds gegen Antifriegspropaganda.
Auf Veranlassung des englischen Innenministeriums fand
eine Hausung in den Räumen unteres englischen Parli-
amentes „Warfare of the World“ statt. Scotland Yard wurde
Verfasser eines Artikels in dem die englischen Soldaten auf-
gefordert werden, ihre Waffen nicht gegen Streikende Ar-
beiter und die Arbeiter anderer Länder zu erheben. Man
verurteilte auch den Sekretär der A.P.D. feixustellen. Dieser
schrüb in einer Erklärung an das sozialdemokratische Blatt,
den „Daily Herald“, daß es kennzeichnend für den Charakter
der englischen Arbeiterregierung sei, daß derartige Verfolgungen
wegen Antifriegspropaganda unter einer Arbeiterregierung
und zur Zeit des zehnjährigen Kriegespublikums stattfinden.
Der Unterstaatssekretär des Innenministeriums erklärte, er
müsse erst feststellen, weshalb diese Aktion erfolgt ist.

Der weiße Terror in Bulgarien.
Die bulgarische Regierung verhängt ihr Regiment des
weißen Terrors immer mehr. Sie bildet weiße freiwillige
Banden, „Bürgerorganisationen“, gegen die revolutionären Ar-
beiter und Bauern. Sie beruft Krieger ein, um sie gegen
den „inneren“ Feind anzuwenden. Sie läßt ihre politischen
Gegner menschen und mordeten. Zwei frühere Minister der
Bauernregierung Stamboliski sind nach Serbien geflüchtet.
Um der Fürsorge der Zentralregierung zu entgehen, die sie in
ein Lazarett bringen ließ, um sie dort umbringen zu lassen.
Sie berichten, daß die Empörung der breiten Massen gegen
die weiße Regierung andauernd wächst.

Allen Anzeichen nach sind die mazedonischen Freischaren,
die bisher die letzten Kräfte der Zentralregierung waren, von
dieser abgefallen. Die Mazedonier, die in der Zentralregierung
eine Gewähr für die nationale Befreiung Mazedoniens geben,
haben sich von ihr zur Abwehr der Arbeiter und Bauern
müßbrauchen lassen. Jetzt scheint es, daß sie in ihren Hoff-
nungen betrogen, sich gegen die weiße Regierung wenden.

Schredensurteile gegen Arbeiter.
Vor dem Schöffengericht in Freiberg (Sa.) standen fünf
Arbeiter unter Anklage wegen Vergehens gegen das Spreng-
stoffgesetz. Bei einer Hausung mit einem Arbeiter waren
zwei Dynamitpatronen gefunden worden, die nach Ansicht
des Staatsanwalts von einem Diebstahl herühren mußten
und zu „verbrecherischen Zwecken“ verwendet werden sollten.
Der Arbeiter, bei dem die Patronen gefunden wurden, wollte
sie von A.D.-Genossen erhalten haben. konnte das aber nicht
beweisen. Das hiesige Gericht verurteilte zwei Angeklagte
zu je einem Jahr Zuchthaus, einen zu einem Monat Gefängnis,
ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Deutsche Justiz.
Ein Bild der Nation.
Am Tage der Eröffnung des Innenministeriums Rathen-
brachte ein Richter Held dem Richter einen Blumenstrauß
mit schwarz-weißer Spitze als Dank für seine am Tage
vorher gezeigte Herrlichkeit. Dieser patriotisch-politische
Anfang fand jetzt in Berlin vor dem Reichstag, weil er in die
Richtung eines verstorbenen jüdischen Kommerzienrats ein-
gegangen war und dort, während der jüdischen Kommerzienrat
berühmt wurde, einige nach dem Reichstag kam, außerdem
keinen Diner am 30. März beizubringen.

Das hiesige Gericht verurteilte diesen patriotischen
Helden zu fünf Monaten Gefängnis, rebatte ihn aber einen
Monat Untersuchungsfrist an. Der Staatsgerichtshof am
Tage der schwarz-weißen Revolüti hat gegen den Ein-
wänden patriotischen Gesinnung, Neubürger und Schiedler
bestehen lassen, weil er 15 Jahre lang an Balkenbäumen
bestehen haben soll.

Technische Nothilfe und Streitverbot gegen die Landarbeiter!

Ser mit dem proletarischen Ernteschutz!

Die ersten Blätter sind voll von dem Schrei nach dem
„Schutz der Ernte“. Die Ernte soll beschützt werden vor Dieb-
diebstählen vor Vandalismen vor hungierenden Proletariats-
die ohne Erlaubnis der Besitzer auf abgetriebenen Feldern
sich setzen und Kartoffeln klopfern. Die Ernte soll aber auch
geschützt werden vor streikenden Landarbeitern, die diese Zeit
benutzen, um ihre elenden Löhne und Wohnverhältnisse um
weniges zu verbessern.

Wie der Ernteschutz gedacht ist, zeigt folgende Eingabe,
die eine Reihe Landwirtschaftskammern, voran die von Schles-
wig-Holstein, bereits vor einiger Zeit den Behörden unter-
breitet haben. In der Eingabe heißt es:

„Jeder Streik ist unserer Auffassung nach in der heu-
rigen Lage geradezu ein Verbrechen an der Lebenshaltung
des Volkes. Ganz besonders würde es in großem Um-
fange durchgreifender Ernteschutz dem Volke unermesslichen
Schaden zufügen. Es muß... Die Konsequenzen auszu-
sagen, daß im Interesse der Allgemeinbevölkerung des
Volkes jede Streikmöglichkeit auf ein Mindestmaß einge-
schränkt wird und daß durch Einsetzen der technischen Nothilfe
und ähnlicher Maßnahmen alles getan wird, um die ver-
heerenden Folgen etwaiger größerer Streiks möglichst abzu-
wenden.“

Alle staatliche Streikbruchkolonnen, womöglich Streik-
verbot zum Schutze der Ernte des Junkers! Daß auch der
Landarbeiter einer Ernte bedarf, kümmert die Landwirtschafts-
kammern nicht. Was es mit der innerlichen Sorge um die
Volksnahrung auf sich hat, beweist das Wettrennen um
Schnitzholz und Ackerfreiheit und das Bestreben, durch Grün-
dung einer zentralen Agrarbank, einer Reichswarenzentrale etc.
den gesamten Lebensmittelmarkt zu monopolisieren.

Den Heerbau der landbedürftigen Bevölkerung führt,
wie immer, der Landbund. Er hat „porbeugend“ an das Reichs-
ministerium des Innern einen Antrag gerichtet, für die kom-
mende Ernte „die Sachmännlichkeit auf dem Lande entsprechend
verstärken zu wollen und die dringend notwendigen Schutzmaß-
nahmen zu treffen, damit eine Wiederholung der Felddieb-
stähle und Plünderungen bei der diesjährigen Ernte vermieden
werde.“

Die Eingabe verweist ferner auf die Tatsache, daß „die
Strafbestimmungen der in Frage kommenden Feld- und Forst-
polizeigesetze bei weitem viel zu milde sind“ und nicht vor
Wiederholung von Plünderungen und Diebstählen schützen. Der
Reichslandbund hat daher beim Reichsministerium wie beim
Preussischen Justizminister beantragt, für eine Heraushebung
des Strafmaßes zu sorgen. Gehorsam wie immer, hat der
Preussische Justizminister die Mitteilung gemacht, daß über die
Erhöhung des Strafmaßes der §§ 18-20 des Feld- und
Forstpolizeigesetzes zwischen den beteiligten Reichs- Erörte-
rungen eingeleitet seien.

Es scheint, daß die Junker mit mehr Angst als Gottes-
fürcht ihr Ernte entgehen lassen. Der Gefahr ist in Gefahr,
deshalb schreibt das Organ des Reichslandbundes:

„Nur durch härteste und druckvollste Maßregeln wird
es möglich sein, organisierten Plünderungen entgegenzutreten
und die diesjährige Ernte für die Allgemeinheit (lies für
den Junker, d. Red.) sicherzustellen.“

Natürlich begnügen sich die Junker nicht mit der An-
rufung der Behörden, die in ihren Augen doch schon „ver-
zweifelt“ und marxistisch verneint“ sind. Die Preussische Haupt-
landwirtschaftskammer hat eine eigene Vermittlungszentrale für
Feldhäler (Berlin D. 17, Koppenstr. 94, Fernruf Alexander
3287) eingerichtet. „Für Ermittlung von Sabotageakten oder
die Ueberwachung der Gutswirtschaft stehen geeignete Person-
lichkeiten zur Verfügung.“ Wer diese geeigneten Personlichkeiten
sind, geht aus einem Rundschreiben des land- und forstwirt-
schaftlichen Arbeitgeberverbandes in Rumburg hervor. Er
schreibt:

„Verschiedene Beamte von der Schnitzerei (Stah-
helm-Kameraden) haben sich bereit erklärt, während ihrer
Reisen die Stelle eines Hauptbeamten einzunehmen. Bei
Bedarf bitten wir um Nachricht.“

J. A. Messerschoff.
Severings Schupo nimmt also Urlaub, um auf den
Gütern draußen der Menschenjagd obzuliegen und Streikbrucher-
kolonnen zu verdrängen!

Die Plünderungen und Felddiebstähle, von denen die
Junker soviel reden, sind ganz Verbrechen ausgehungerten Prole-
tariats, vielfach von verzweifelten Müttern und unterernährten
Kindern, die an den Brotramen sattzuessen, die von dieser
geistlichen Herren Trübe fallen.

Die Junker wissen, daß das arbeitende Volk hungert,
sie erwarten, daß der Hunger wieder Hunderte auf die Felder
treibt, und Gespinnstmenschen, wie sie nun mal sind, fordern sie
national und „gottesfürchtig“ Zuchthaus und harte Bohnen
zur Veranschaulichung der leeren Mägen.

Alles das genügt ihnen nicht:
„Kampfe oder Selbsthilfe für den Schutz der Ernte“?
fragt Rechtsanwalt Ernst Döttger, der Rechtsbeirat des Reichs-

Das Reichsbanner Schwarz-rot-gold.
Die Thüringer Organisation des Reichsbanners Schwarz-
rot-Gold veranstaltet am 10. August in Weimar eine Ver-
sammlung. Wir bringen nachstehend das Programm:
Sonntag 9 Uhr Zusammenkunft.
Sonntag 6 Uhr Reden.
9-11 Uhr Festakt im Deutschen National-
theater.
9.30 Uhr Lotteriefest am Denkmal der
Märtyrertoten!
12 Uhr Parade durch den geschriebenen
Gassen unter denen sich befinden: Gener-
al v. Deining, Generalleutnant des öster-
reichischen Heeres Admer.
Die Festansprache hält Admer.
Das Programm für die Feiertage im Deutschen National-
theater lautet:
Ansprache von Reichsbannerführer Fritz Joris-Rohrer.
Generalvortrag von Admer. „Einmal an mit hellem
hohen Klang“
Ansprachen der Generale Deining und Admer.
Hoch auf die Republik. Generalvortrag von
„Deutschland, Deutschland über alles“

landbundes in einem Artikel des Zentralpolitik. Und er kommt
zu dem Schluss, daß die Staatshilfe völlig unzureichend ist,
denn gewiß ist „der Bekleid“ da, aber was dann,
wenn die Ernte nach Erntebildungen der letzten Jahre Blühen-
lungen anheft. Plünderungen vor organisierten Vandalen
(Höhe Heberhebung, d. Red.), die wie Schüler den Händen (H
über die Feder meist in der Masse der Großstädte herfallen
und alles was reif oder unreif ist, aus der Erde buddeln?“
Das „Wanderungsschädlinge“ helfe hier nichts, weil der Zu-
sammenschlag mit inneren Unruhen meist nicht nachweisbar ist.
Was hätte es einem dem Landwirt, wenn einzelne Taler Ge-
längnis erhalten, dazu mit Bewährungsfrist? Wohl bestellte
Schadenersatzpflicht der Junker, aber wie sie fasser? „Sie sind
ja verarmungslos“, jammert Herr Döttger.

Was das gibt dieser Menschenfreund und Rechtsbeirat zu
die Junker sind verarmungslos. Daß Verarmungslos auch
wie andere Menschen Hunger haben, braucht er nicht zu wissen!
Das Felddiebstahl nur dann eine Massenersetzung werden
können wenn besondere soziale Ursachen zugrunde liegen, braucht
einen Junkerlaten nicht zu interessieren. Schlagt sie tot die
Hungerleiber! Ins Zuchthaus mit den Kartoffelklopfern! Fort
mit der Bewährungsfrist! Das sind die Rezepte des Land-
bundesherren.

Nicht genug damit. Der Rechtsbeirat schrebt:

„Ich schäme vor einem Jahr die Bildung von National-
schaften vor, sie haben mit Erfolg besonders in Schlesien
und Sachsen gearbeitet. Einjährige Landräte unterstützen sie,
landläuliche Parteifunktionäre lüchten ihre Tätigkeit, allerdings
erfolglos, lahmzulegen. Die Notwehr im Ländchen sind in
dieser Erntesaison, wo es gilt, das Volk vor Hunger zu
schützen, (mit Schutzmitteln, d. Red.) dem Staat die Be-
kämpfung der Junker zu zahlen (maßlicher Heuschreck, d. Seger-
Kriegung) und den Betrieb aufrechtzuerhalten, (lies: Profit-
maximierung, d. Red.) auszubauen. Es haben Nachbarn einzu-
richten, wo Waffen, Jagdgewehre, Selbstschutzmittel fehlen,
sind sie mit Hilfe der Behörden zu beschaffen. Die Felder
sind in der Nacht systematisch mit Fingerringen zu besetzen, die
am Tage wieder entfernt werden (genaue Karten über die
Stellen führen, wo sie liegen). Auch Drähte können, wo
Elektrizität vorhanden ist, über die Felder geführt werden und
zeitweise mit Starkstrom versehen werden. Eine Bekann-
machung mit Warnung der Beweiser vor Betreten der Felder
ist in der Zeitung zu erlassen! Und trifft man einen Plün-
derer, dann gilt es, nach zweimaligem Ruf, wenn er sich
nicht stellt, ihn niederzuschlagen! Diese Befugnis ist auf
Grund der Notwehrparagraphe des Strafgesetzbuches gegeben.“

Brutaler, zynischer, leuchtender kann man die Menschen-
jagd auf hungervolle Proleten nicht organisieren. Fingerringen,
Starkstrom, Niederschießen wie einen toten Hund - das ist
das Mittel der Junker gegen Hunger und Verwerfung. „Sie
haben mit Erfolg gearbeitet!“ schreibt der Mörderrechtsbeirat.
O wir glauben ihm das! Die erschossene Mutter, das tote
Arbeiterkind vor den Toren Berlins letzten Herbst geben ihm
mehr als recht! - Sie haben mit Erfolg gearbeitet! Auch die
Klassengerichtsbarkeit der Bourgeoisie beweisen das! Dem Herrn
von Kühne wurde kein Haar gekrümmt! Merkt auf, ihr So-
zialisten, Hörsing, Ebert und Co.! Schickt schnell Eure Schlägen
aufs Land, sonst kommen die Notwehrgemeinschaften der Junker
Euch zuvor. Draußen gibt's wirkliche, sensationelle und erteilende
Menschenjagden. Da geht man auf den Anstand, um hungervolle
Mütter und Kinder zu schießen.

Fingerringen, Starkstrom, Jagdgewehre! Damit das Vater-
land die Steuern und das Volk seine Ernte habe! Ihr nieder-
trächtigen Lügner! Damit der Junker den Profit und das
arbeitende Volk Hunger habe!

Gegen diesen „kapitalistischen Schutz der Ernte“ muß die
Arbeiterklasse sofort den proletarischen Ernteschutz organisieren.
Der Parole: Die Ernte dem Junker! muß die Parole ent-
gegengesetzt werden: Die Ernte dem arbeitenden Volk! Ver-
gebung der Ernte auf den Gütern unter Kontrolle und Schutz
proletarischer, nicht junkerlicher Notwehrgemeinschaften! Beschlag-
nahme der Ernte auf den Gütern zugunsten kommunaler und
genossenschaftlicher Verfassung der arbeitenden Massen!

Auslösung aller junkerlichen Selbstschutzzorganisationen, Ent-
waffnung und Bestrafung aller, die eine Notwehrgemeinschaft
nach dem Rezept des Landbundes organisieren, oder ihr ange-
hören!

Uneingeschränktes Recht der Landarbeiter, sich menschen-
würdige Löhne, Arbeitsbedingungen und Behausungen zu er-
kämpfen. Volle Unterstützung der kämpfenden Landarbeiter
durch das Industrieproletariat!

Billige Erntekredite allen kleinen und mittleren Bauern!
Steuernachlass für die Betriebe bis zur Höhe einer Adernah-
mung! Billige Betriebsmittel für alle arbeitenden Landwirte!

Arbeiter! Schafft sofort die Notwehrgemeinschaften des
arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Nur sie können die
Ernte dem arbeitenden Volk sichern.
Nur dem arbeitenden Volk darf die Ernte gehören!

Georgi.

Am Schluß des Programms heißt es:
Zur besonderen Beachtung!
Das Reichsbanner Weimar stellt eignen Ordnen
unter Leitung des Polizeimajors Eiseff. Jeder Poli-
zei-Doppelposten erhält einen Mann unseres Ordner-
dienstes.
Das Programm ist wunderschön! Zunächst einmal zeit-
lich deutlich, daß das Reichsbanner eine militärisch-nationa-
listische Organisation ist, der Charakter der Feiern und die Auswahl
der Lieder lassen keinen Zweifel offen. Die Parade vor dem
Generale sagt auch genug. Besonders wichtig aber ist die Zu-
sammenarbeit zwischen Reichsbanner und Schutzpolizei. Sie
üben jetzt schon gemeinsam, damit sie sich auf den gemeinsamen
Kampf von Reichsbanner und Schutzpolizei gegen die Ar-
beiterklasse vorbereiten.

100 Millionen Rubel für die Lenin-Hilfe.
Nach dem Tod Lenins hat die Sowjetregierung beschlossen
das Andenken Lenins durch die Gründung eines großen Fonds
für die Kinderhilfe zu ehren. Das Gesetzesprojekt über die Er-
richtung des Leninfonds für verlassene Kinder ist nun von der
Zentralerkskammer der Sowjets bestätigt worden. Der Fonds
beträgt demnach 100 Millionen Goldrubel.

Au alle Massen!

Wir erlauben sofort alle Programme vom 3. August zu rezipieren, da wir sonst höhere Steuern bezahlen müssen.

APD, Ortsleitung Breslau.

Die „Volkswacht“ und der Wittichen-Wierlich.

Zwei Tage lang hat die „Volkswacht“ die Sprache verloren. Endlich raffte sie sich getrieben zu einer leidenschaftlichen Entgegnung auf und erklärt, Gathmann schwindelt dreist. Es sind Zeugen vorhanden, die jener Unterredung beigewohnt haben.

Wir fragen: Wer sind die Zeugen? Warum verschweigt die „Volkswacht“ so schamhaft ihre Namen? Ist einer der Zeugen der Gehaltsführer Todus?

Die „Volkswacht“ wagt also nicht zu bestreiten, daß jene Unterredung, in der Gathmann von Wittich wegen eines Artikels über die Hungerlöhne der Inflationszeit zur Rede gestellt wurde, stattgefunden hat.

Wenn die zwei Zeugen vorhanden sind, warum veröffentlicht die „Volkswacht“ dann nicht den Wortlaut jener Unterredung?

Fürchtet sie, den Wittich damit aufs neue zu kompromittieren?

Genau mit der Antwort!

Im übrigen verliert das sehr verdächtige Blatt durch eine Attale auf Gathmann die Aufmerksamkeit von dessen Entschuldigungen abzulenken. Sie bezieht Gathmann, mit der „Nachtpost“ in Verbindung zu stehen und behauptet, die Kommunisten hätten ihre bisher ablehnende Haltung gegenüber der schmutzigen Gehaltsprelle ausgegeben.

Nun, unter Standpunkt zu Wochenblättern a la „Nachtpost“ ist unerschrocken. Hier handelt es sich aber nicht um die „Nachtpost“ oder die „Revue“, sondern um den früheren Volkswachtredakteur Gathmann und den Gewerkschaftsbeamten Wittich.

Das von Gathmann wiedergegebene Gebot paßt vollkommen zu dem Charakterbild des Wittich, das wir in unserer nächsten Nummer noch durch einige Striche vervollkommen werden.

Die Miskände in der Erwerbslosenfürsorge!

Die Erwerbslosen verlangen höhere Unterstützungssätze.

Die am Donnerstag stattgefundene Arbeitslosenversammlung befaßte sich vor allem mit der Beschleppungspolitik in der Auszahlung der vom Reichstage genehmigten Erhöhung der Unterstützungssätze. Erwerbslosenrat, Genosse Strachotta, schilderte in seinem Referat die Bemühungen des Erwerbslosenrates, um die Auszahlung der Gelder zu erzwingen. Die zuständigen Behörden lehnten jede Auszahlung ab, da sie noch keine amtliche Verfügung in Händen hätten.

Strachotta sprach dann von den Miskänden bei der Erwerbslosenfürsorge. Er machte die Arbeiter darauf aufmerksam, daß sie ihre Anträge an die Erwerbslosenfürsorge selbst schreiben müssen. Früher wurde das von einem Angestellten der Erwerbslosenfürsorge erledigt. Die Folgen dieser Maßnahme werden sein, daß die Arbeitslosenzahl steigen wird, denn die Arbeiter sind nicht so schriftgewandt, werden ungenaue Angaben machen, so daß sich die Auszahlung der Unterstützung in die Länge zieht resp. die Anträge abgelehnt werden. Die Erwerbslosenfürsorge lehnt sich dadurch die Möglichkeit schaffen, neuen Abbau vorzunehmen im Interesse der von der Reparationskommission abhängigen Regierung.

Weiter sprach der Referent über das städtische Arbeitsamt, welches den Zweck nicht erfüllt, zu dem es bestimmt ist. Seitdem die Demobilisierungsverfahren gelehrt sind, werden von dort fast keine Arbeitsstellen mehr vermittelt. Sogar die städtischen Betriebe holen ihre Arbeiter nicht vom Nachweis. Sie gehen dadurch den Privatunternehmern die Möglichkeit zu lagern, daß ja die Kommune selbst nicht das Arbeitsamt respektiert. Bei einem Magistrat, der die Sätze der Hilfsarbeiter noch zu hoch findet, weil angeblich die Unter-Hofmann-Arbeiter genau soviel verdienen, ist diese neue Stellungnahme nur eine Fortsetzung der arbeitserfeindlichen Kommunalpolitik. Die städtische Straßenbahn hat sogar bei den letzten Neueinstellungen Arbeiter aus Privatbetrieben gerufen, für welche Unternehmer doch keine Erlaubnisse vornehmen. Dann wurden noch Klagen der Erwerbslosen über das Wohlfabrikamt angeführt, welches alles andere im Schilde hat, als Wohltätigkeit zu üben.

Es folgte dann die Ergänzungswahl zum Erwerbslosenrat. In der folgenden Diskussion sprachen viele Erwerbslose. Sie gaben ihren Anträgen über die ganze Erwerbslosenfrage kund. Ein Genosse sprach über das Sachverständigengutachten, welches die Gewerkschaften annehmen wollen. Dieser Sachverhalt wird noch gehäres Ende über die Arbeiter bringen. Jeder Arbeiter, jeder Erwerbslose darf keine Mittel unverschämte lassen, um die Gewerkschaftsführer zu zwingen, ihre jetzige Politik, die nur das Elend verschlimmert, zu ändern.

Resolutionen, welche sofort für Auszahlung der erhöhten Unterstützung, rückwirkend vom 15. Juni, Abschaffung des Selbstschreibens der Unterstützungsanträge sowie Stempelfreiheit am Zahlungsorten, wurden einstimmig angenommen. Zum Schluß stellte Genosse Strachotta noch einige Zweifel richtig und forderte die Anwesenden auf, sich nicht von Propagandisten zu Verweissungen hinhängen zu lassen. Mehr denn je heißt jetzt die Parole: „Erwerbslose, schließt euch fest zusammen, um zu kämpfen für eine bessere Existenz.“

Die erhöhten Sätze der Erwerbslosenunterstützung. Der Magistrat teilt mit: In einigen Blättern wird Beschwerde darüber geführt, daß die vom Reichstage beschlossenen erhöhten Sätze der Erwerbslosenunterstützung noch nicht veröffentlicht werden. Zur richtigen Beurteilung der Frage ist darauf hinzuweisen, daß das Reich zur Durchführung des Reichstagsbeschlusses der Zustimmung der Länder bedarf, die an dem finanziellen Aufwande im gleichen Ausmaße beteiligt sind, wie das Reich. Die Reichsregierung weiß, in wieweit schwerer Nachlage sich viele Erwerbslose befinden. Sie ist daher von Anfang an bemüht gewesen, die Zustimmung der Länderregierungen mit möglicher Beschleunigung herbeizuführen. Diese Verständigung ist bisher leider noch nicht mit allen Ländern zustand gekommen. Es kann aber bestimmt damit gerechnet werden, daß die erhöhten Unterstützungssätze noch Ende dieser Woche veröffentlicht werden.

Wir erwarten, daß sie noch diese Woche ausgezahlt werden.

In der Betriebsversammlung von M. J. Breslau wurden für die „Rote Hilfe“ 550 Mark gesammelt.

„Rote Hilfe“, Ortsgruppe Breslau.

Eisenbahner Breslaus!

Sonntag, den 10. August, vormittags 9 1/2 Uhr in den „Hubertusgärten“, Friedrich-Wilhelmstraße 22

Öffentliche Versammlung.

Schweidnitz. Es wird nochmals auf die Teilnahme der Internationalen Arbeiter-Hilfe (Kümpferhilfe), die heute Abend 8 Uhr im Volksgarten stattfindet, hingewiesen.

Schmieberg. Reichsbanner Schwarz-Rot-Weiß. Am Freiag, den 1. August, wurde hier der re-ublikanische Stahlhelm gegründet. Der Sozialdemokrat Oberleutnant reierte und konnte sich genug tun an Lobhudeleien über die schöne deutsche Republik (in der Arbeiter auf der Straße vor Hunger trepiern und das Schieber- und Buchergelabel immer letere Bäuche kriegt) und für das „schöne deutsche Vaterland“, für das die Republikaner in heißer Liebe erbtannt sind und für, das sie im Weltkrieg ungeheure Opfer gebracht haben (im Interesse des Geldbuchs). Hauptächlich griff er die „Schwarz-Weiß-Roten“ an, um dadurch den Arbeitern Pappe umz' Maul zu schüttern, damit der wahre Zweck der Schwarz-Weiß-Gelbe verdeckt bleib, nämlich eine Bande zu organisieren zur Niederschlagung der revolutionären Proletarier, zur Abwehr des bolschewistischen Schweißes. Als ein Genosse sprechen beiliern die wahre Frage wieseln dieser zu zeigen, ließ man ihn nicht reden, weil sie wußten, daß dadurch wollte, um die Masse vom Gellch zu reihen und den Arbeit Eindrud der bligen Worte des Redners verschwinden und ihr Kredit bei den Arbeitern verloren geben würde.

Waldenburg. Zu einer wichtigen impolanten Demonstration gestaltete sich die Massenungehung gegen den imperialistischen Krieg am Montagabend im Schützenhaus Gottesberg.

10 Gebote für politische Verhaftete.

1. Du hast als Beschuldigter das Recht, jede Aussage zu verweigern, und Du hast als Kommunist die Pflicht, von diesem Rechte in besonders weitgehendem Maße Gebrauch zu machen.

2. Mache daher auf keinen Fall irgendwelche Aussagen, bevor Du nicht mit Deinem Rechtsanwalt gesprochen hast, den man zu Dir lassen muß, und den Du unter vier Augen sprechen kannst.

3. Laß Dich niemals durch den alten Polizeitrick verblüffen, der darin besteht, daß man Dir sagt, man wolle schon alles, weil Deine Genossen oder vielleicht Deine Großmutter schon alles verraten habe. Mit Deinen Freunden verliert man das gleiche Schwindelmanöver.

4. Laß Dich auch nicht hineinlegen durch die Zuhilfenahme eines Geständnis stücker Dir Straffreiheit oder mildere Strafe. Die Aufgabe wird nie gehalten.

5. Sei besonders vorsichtig bei Vorhören durch die Leiter der politischen Polizei, bei denen es viel weniger darauf ankommt, Dich über Deine Sache zu vernehmen, als möglichst viel über die Bewegung zu erfahren.

6. Auch wenn die Polizei dir etwas persönlich nachweisen kann, so hast Du unbedingt die Pflicht, über Deine evtl. beteiligten Genossen oder sonstige Parteianglegenheiten zu schweigen.

7. Unterscheibe niemals ein Protokoll, dessen Inhalt Du nicht billigt oder dessen gewundene, juristische Schreibweise Du nicht verstehst.

8. Sei besonders vorsichtig gegenüber fremden „Genossen“, die man Dir, meistens mit einem Mitgliedsbuch der Partei versehen, in die Zelle leckt. Sie gebärden sich besonders radikal und vertraut, sind aber in Wirklichkeit meistens elende Pöbelzuzügel.

9. Vor einer Affäre lerne „Deutschland, Deutschland, über alles“ auswendig, damit Du im Falle Deiner Verhaftung die Worte tadellos singen kannst, sonst wirst Du es zu Deinen Gliedern spüren.

10. Der bekannte „Fuchtwort“ wird meistens in der Weise arrangiert, daß man die Gefangenen die Trenne hinunterführt oder ihnen einen Stoß in den Rücken verleiht, daß sie vorwärts taumeln, dann werden sie mit dem Ruf: „Salt! Salt!“ hinterrücks niedergeworfen. Weigere Dich daher unter allen Umständen, vor dem Polizeibeamten zu gehen, sondern gehe stets neben ihnen.

Der Saal der gut beleuchten Verammlung war mit Genossen und weiteren Vorläufern dekoriert. Des weiteren wirkten auch angezeichnet die Regitationen und revolutionären Wieder von der kommunistischen Jugend Waldenburg auf die Versammlung ein, welche zum Teil hundertlang in den Sängen liehend dem Vortrag sowie außerdem einem interessanten Bericht aus Sowjetrussland von Genossen Franz aufmerksam zuhörrten. Der reiche Beifall bewies, daß alle Versammelten mit dem Dargebotenen in herzlichem Einklang standen und begeistert klammerten sie am Schluß der Rundgebung mit in die Internationale ein, die stehend gesungen wurde. Ein kräftiges und dreifaches Hoch auf die Weltrevolution erhüllte und vollbelebte und gestärkt im Klassenbewußtsein stehen die Versammelten den Saal.

Rogezau. Der 3. August. Das Wetterhaftstarell, die APD, und auch die GPD, hatte die Arbeiterchaft von Rogezau zu einer Demonstration anläßlich der zehnjährigen Wiederrkehr des Kriegsausbruchs aufgerufen. Ungefähr 1500 Arbeiter und dem Ruf der Parteien gefolgt. Die einzelnen Parteien sammelten sich auf ihren Sammelplätzen und zogen dann vom Ring geschlossen nach dem Sportplatz. Im Zuge wurden eine Menge roter Fahnen und Schilder mitgeführt. Bezeichnend für den Zug war, daß in ihm nicht eine einzige schwarz-rot-goldene Fahne mitgeführt wurde. Die Schilder hatten Aufschriften wie: „Krieg dem Kriege!“ — „Friede den Hütten. Krieg den Palästen!“ — „Nieder mit dem bürgerlich-pazifistischen Genosse!“ — Die Kriegselchädigten führten ein Schild mit der Aufschrift: „Des Vaterlandes Saal ist euch gewöh!“ Hinter dem Spruch sah man wohl ein halbes Duzend Fragezeichen. Die hinterbleibenden Wäulen der Bekannten führten ein Schild mit der Aufschrift: „Gibt uns unseren Vater zurück!“ Die Arbeiterjugend führte ein Schild mit der pazifistischen Parole: „Nie wieder Krieg!“ Am Sportplatz hatten die Demonstranten im Karrée Aufstellung genommen. Die Arbeiter-Gelegenereine leitete die Demonstrationssammlung mit zwei revolutionären Liedern ein.

Dann sprach der Sozialdemokrat Michlen-Piegritz in der üblichen Form. Man merkte, daß es ihm nicht gerade recht wohl zumute war, als er von den Schuldigen am Kriege sprach. Seine Rede schloß er mit einem Geheben an die Toten. Die

Weltkrieg für die Freiheit des „Lind“, und mit einem Hochruf auf die Parole: „Nie wieder Krieg!“ Nach ihm sprach unter Genosse Helge. Er erinnerte daran, daß heute vor 10 Jahren die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Beschluß gefaßt hat, mit der Bourgeoisie zusammen für die Kriegskredite zu stimmen. Unser Redner versuchte die Parole: „Nie wieder Krieg!“ und zeigte den Massen die Hand, die sich hinter ihr verbirgt. Der Redner setzte die Parole entgegen die der Kommunisten: „Nie wieder Krieg!“ sondern „Krieg dem Kriege!“. Er schloß seine Rede mit den Worten: „flis vacum parabellum: wenn du den Frieden willst, so bereite den Krieg.“

Nach der Versammlung zog der Demonstrationzug unter Beteiligung des Trommler- und Scharfschützenkorps nach dem Sammelplatz, wo sich der Demonstrationzug auflöste. Die Arbeiterchaft von Rogezau, die seit 8 Wochen im Kampfe steht, hat am vergangenen Sonntag durch den Aufmarsch ihre Einigkeit und Kampfeslust offenbart.

Gewerkschaft

Zur Aussperrung in Niederschlesien.

In den niederschlesischen Eisenwerken haben die Unternehmern 15 000 Arbeiter seit mehreren Wochen ausgesperrt, da sie es ablehnten, den Arbeitern den Lohn zu zahlen, der durch einen für verbindlich erklärten Schiedspruch festgelegt war. Die Arbeiter, die bis zum Ausbruch des Kampfes einen Lohn von 40 Pf. hatten, haben berechtigterweise eine Erhöhung dieses erbärmlichen Lohnes verlangt.

Schon am 17. Mai war die Lohnperiode abgelaufen. Die Arbeitgeber aber machten keine Anstalten mit dem Metallarbeiterverband als Vertragskontrahenten zu verhandeln. Auf wiederholte Anfragen der Bezirksleitung des DMB erklärten die Unternehmer, daß sie angesichts der jetzigen wirtschaftlichen Lage nicht imstande wären, irgendwelche Lohnserhöhungen zu gewähren und seien dieselben noch so geringer. Die Unternehmer verlangten sogar einen Abbau der Löhne von 40 auf 35 Pfennige.

Angesichts dieser Sachlage wurde vom DMB der Schlichtungsausschuss angerufen, der eine Erhöhung des Lohnes von 4 Pfennig in der Spitze ab 18. Mai beschloß. Die Arbeitgeber weigerten sich, diesen Schiedspruch anzuerkennen. Vom DMB wurde deshalb die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs verlangt und vom Schlichter auch genehmigt. Bei der am 21. Juni stattgefundenen Einigungsverhandlung, die zu keinem befriedigenden Ergebnis führte, haben die Unternehmer durch ihren Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes, Herrn Bandreh, erklären lassen, daß sie gewillt wären, einen Pfennig Zulage zu geben, darüber hinaus aber nicht einen einzigen Pfennig. Der Schiedspruch wurde besenungswahel vom Schlichter für verbindlich erklärt.

Am 23. Juni gaben die Unternehmer, da sie nicht die geringste Achtung vor irgendwelchen Schiedsinstanzen haben, in den Betrieben nachsichendes bekannt:

Die leitenden Betriebe lehnen es in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage ab, die im verbindlich erklärten Schiedspruch vom 24. 5. 24 festgesetzten Löhne zu zahlen. Die genannten Werke lehnen sich daher veranlaßt, gemäß Paragraph 8 des Mantelartikels die Aussperrung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen mit Wirkung ab Montag, den 23. 6. 24, nach 12 Uhr, vorzunehmen und den ausgesperrten Arbeitern zum Zwecke der Aussperrung und Erreichung tragbarer Löhne zu kündigen.

In der „Deutschen Arbeiterzeitung“ Nr. 27 plaudert der Fabrikbesitzer Emil Mürbe, Oelsig, den wahren Grund dieses brutalen Unternehmerstandpunktes aus und sagt dort wörtlich:

„Die Lohnerhöhung bedeutet für den Verband niederschlesischer Metallindustrieller, der 16 000 Metallarbeiter beschäftigt, eine jährliche Mehrausgabe von 6,5 Millionen.“

Mürbe sagt dann weiter:

„Ich glaube, daß diese 6,5 Millionen eine ansehnliche Dividende, einen sehr guten Reinertrag der Werke unserer Verbände darstellen würden. Selbst wenn er investiert ist und das Betriebskapital mit 40 Millionen angenommen wird, entspräche das einer Dividende von 15 Prozent. Wo sind diese Gläubiger?“

Die Ausführungen sind klar und deutlich. Mit einer Offenherzigkeit, die ihresgleichen sucht, wird klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß nur das nackte Privatinteresse der Unternehmer und ihrer Aktionäre in allen ihren Handlungen gegenüber der Arbeiterchaft und dem Allgemeinwohl maßgebend ist. Sie kühlen ihres Profitinteresses wegen wochenlang die Betriebe, legen die Produktion lahm und verlangen nachher, im Interesse der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft, daß die Arbeiter 10 bis 12 Stunden im Betriebe stunden. Die Unternehmer glauben, durch diese Aussperrung die Arbeiterchaft mürbe zu machen und sie dadurch zwingen zu können, zu den von den Unternehmern diktierten Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Arbeiter in Niederschlesien aber haben den Kampf unerschrocken aufgenommen. Nur einige Kapitalmächte, wie die Werksmeister und technischen Angestellten, glauben verblüfft zu sein, die Unternehmer in ihrem Kampfe gegenüber der Arbeiterchaft zu unterstützen und verlichten Sirellarbeit. Außerhalb der Betriebe verleiht die Stahlhelmorganisation die notwendige Arbeit, deren Auftreten aber nur dazu beiträgt, die Arbeiterchaft geschlossen im Kampfe zu halten. Alle diese Dinge werden nicht dazu beitragen, die Kampffront der Arbeiterchaft zu brechen. Sie werden vielmehr dazu beitragen, die Arbeiter in ihrem Kampfe zu stählen, daß sie so lange im Kampfe ausharren, bis ihre Forderungen von den niederschlesischen Unternehmern restlos anerkannt worden sind. **Dahs!**

Zum Kampf in der schlesischen Porzellanindustrie.

Wir berichteten kürzlich von einer Bekanntmachung der Unternehmer, in welcher die Arbeiter aufgefordert wurden, zu ganz gemainen Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Dabei hat sich herausgestellt, daß die Porzellangehaltigen Kommunisten und andere radikale Arbeiter von solchen Einladungen verschont haben. Ein neuer Beweis, daß es den Porzellangehaltigen nur darauf ankommt, ihre Betriebe von revolutionären Arbeitern zu säubern.

Vorige Woche fanden in Weimar Einigungsverhandlungen statt, welche jedoch an dem aggressiven Verhalten der Unternehmer scheiterten. Diese Herren verlangten, daß die Arbeitnehmervertreter dafür stimmen, daß den männlichen Arbeitern 10 Prozent, den weiblichen 15 Prozent von ihren Kullöhnen abgezogen werden.

Wir verlangen von unseren Gewerkschaftsführern, daß sie nicht nachgeben, daß sie sich an die geschlossene Haltung der Porzellanarbeiter halten, die erklären, nicht früher in den Betrieb zu gehen, als bis alle Bedingungen der Arbeiter angenommen sind und auch der letzte Arbeiter wieder eingestellt ist.

Die Direktion der Firma O.H.m.e. Nieder-Calsbrunn scheint sich selbst nicht mehr sicher zu fühlen. Ihr Direktor Söbeler ließ nämlich vorige Woche vor seiner Abreise zwei Gattarnern in Ordnung bringen, welche man jeden Abend anzusehen werden. Nieder-Calsbrunn hat schon jahrelang durch das Verschulden des Fabrikbesizers O.H.m.e. keine Straßenbeleuchtung. Die Herren müssen hoch eine heillose Angst vor den Arbeitern haben. Es liegt an der Nieder-Calsbrunn Arbeiterchaft, diesen Herren nicht nur Angst einzujagen. Porzellanarbeiter, bleibt fest konzentriert eure Löhne und kämpft für menschenwürdige Löhne, für den Aufbruch zum Kampf für die Kontrolle der Produktion!

Betrieb und Werkstatt

Winte für Schrebergärten.

Die Direktoren der Großbetriebe bemühen sich, durch Herausgabe von Betriebszeitungen die Beschäftigten hystematisch zu erziehen. Die Betriebszelle der Firma Meier & Weichel in Weichel hat in ihrer Betriebszeitung „Der Hammer“ die hiererollten Ratsschläge der Direktion in folgender Weise ergänzt:

Wir empfehlen diese Methode zur Nachahmung in allen Betrieben.

Um Mitteilungskart für die Werkangehörigen der Firma Meier & Weichel herauszugeben von den Oberharftmachern des Betriebes, werden u. a. auch Winte für Schrebergärten mitgeteilt. Freund „Froschbach“, der zweite Redakteur unserer Betriebszeitung, hat nun festgestellt, daß diese Winte durchaus nicht vollständig sind für unsere Schrebergärten, und gestattet sich deshalb, durch dieses noch einige Ratsschläge den Arbeitern der Firma, die Schrebergärtenhaber sind, mitzuteilen:

1. Jeder Schrebergärtner — du sollst, wenn du abends von der Arbeit kommst und schnell in deinen Garten rennst, um den ganzen Abend Freude zu schöpfen, daß du dich politisch zu orientieren hast, indem du die „Tägliche Arbeiter-Zeitung“ liest, denn nur sie allein bekämpft erfolgreich die politischen Misttänze.

2. Wenn du rote Rosen beschneidest in deinem Garten, dann denke daran, wie man dir bereits die politischen und wirtschaftlichen Rechte belohnen hat und Sorge dafür, daß du dir diese Rechte wieder gemeinsam mit deinen Arbeitsbrüdern erkämpfst einer geschlossenen Arbeiterorganisation — durch Beiritt in die R.P.D.

3. Beim Stachelbeerpfücken überlege dir sehr sorgfältig, ob du am Abend nicht noch eine öffentliche Versammlung zu besuchen hast, wo der Gewerkschaftler klargemacht wird, wie sie belogen und betrogen wird und wie sie kämpfen muß, um endlich der Ausbeutung ein Ende zu machen.

4. Wenn du im Herbst die Früchte deines Garten erntest, dann vergiß nicht, daß dir, trotz zehn- und mehrjähriger Arbeit, die Frucht deiner Arbeit noch nicht in den Schoß gefallen ist und kämpfe deshalb! Zuerst für deine politische Ueberzeugung und um deine wirtschaftlichen Rechte, und jage das ganze Kapitalistengeheißel durch den revolutionären Kampf um die Diktatur des Proletariats zum Teufel! Dann wirst du nicht die Früchte deines Gartens, sondern die Frucht deiner Lebensarbeit für dich und deine Nachkommen ernten.

Darum handle, schließ dich der politischen Arbeiterorganisation, der R.P.D., an — lese die „Tägliche Arbeiter-Zeitung“, agitiere und kämpfe politisch und laß dich nicht durch die Schrebergartenarbeit — was der Sinn der kapitalistischen Arbeit für die Schrebergärten ja ist — von deinem Kampf um die wirtschaftlichen und politischen Rechte des Proletariats ablenken.

Neue Zustände in der Textilindustrie Oeffenberg.

Am Dienstag ließ die Direktion der hierigen Hypertextur- und Textilfabrik die Betriebsräte zu sich kommen und teilte ihnen mit: Wenn die Arbeiter auf die hohe Zulage (Männer wöchentlich 80 Pfg., Frauen 50 Pfg.) nicht verzichten wollen, sieht sich die Direktion gezwungen, Entlassungen vorzunehmen und verfährt sofort zu ihnen.

Es ist doch kaum glaublich, daß wegen 30 Pfg. Zulage die Firma zum Teufel geht. Aber natürlich, durch solche Maßnahmen laßt sich ein großer Teil der Arbeiter einschüchtern. Textilarbeiter! Ihr werdet bald merken, daß ihr trotz euren Bezügen verfaßt arbeiten müßt. Macht doch endlich auf und geht diesen Herren die richtige Antwort. Ihr kauftet bei letzten Wagen für die paar Pfennige, und die Herren fahren in die Bäder. Natürlich, wenn ihr solch große Geduld habt, kann man es den Herren nicht verdenken.

Wie heute gemeinet wird, hat die Direktion angeordnet, daß nur 5 Tage gearbeitet wird. — Nun, Proletariat, was sagst du jetzt dazu?

Macht auf, Verdammte die'ser Erde!

Textilarbeiterleid.

In welcher erschreckender Weise sieht die Lage der Textilarbeiter im Landeshafter Bezirk und bei den gleichen Lohnverhältnissen in ganz Schlesien in den letzten Monaten trotz Stabilisierung, verhältnismäßig hat, beweisen die unzähligen Lohnsenkungen oder Lohnsenkungen. Abgesehen davon, daß die meisten Lohnsenkungen einen kaum glaublichen Tiefstand zeigen, bleiben noch die im Afford arbeitenden Arbeiter und Arbeiterinnen in der Mehrzahl weit darunter zurück. So haben von drei und vier Mark in 32 resp. 35 Arbeitsstunden für etwa 1/2 Mannliche und weibliche Arbeiter und nicht zu gesehene eine erwachsene Arbeiterin im Bereiche des Maschinenbaues Direktor Riepel erhielt. In 40 Stunden Gehalt und 36 Stunden Arbeitsverdienst auf 14 Tage ganze 14 Mark ausgerollt. Beschwerden bei den Betriebsräten, bei Organisationen und bei den Betriebsleitungen zeitigten selten einen Erfolg. Im Gegenteil, die ihr Recht eingehenden werden entweder kurz abgewiesen oder gar noch verhöhnt.

Eine alte Weberin bei Spner mit vier Mark Wochenverdienst (33 Stunden) verhöhnte man, daß sie zu gewissen arbeitete und darum nicht verdienen könne. Andererseits mögliche Webern wird man noch Angelegenheit oder Kaufheit an den Kopf. Hier wird es endlich mal wieder Aufgabe der Organisationen sein, durch Nachprüfung des Lohnmaterials wenigstens für Umgestaltung der ohnehin niedrig gehaltenen Lohnsätze im Tarif einzutreten. Es wird die Aufgabe der Arbeiterchaft sein, wenn sie, trotz Arbeit, nicht ganz verhungern und verkommen will, gegen den indirekten Lohnabbau, hervorgerufen durch sch. ch. es Material, und zu niedrig gehaltenen Arbeitslöhne energisch Front zu machen und die Gewerkschaftskräfte zur Aufnahme des Kampfes zu zwingen. Das um so mehr, als die Arbeitgeber es ablehnen, den vor kurzem gefällten und für verbindlich erklärten Schiedsspruch mit 5.6 Prozent Erhöhung anzuerkennen. Das Verlangen der Textilarbeiter auf Durchführung des den Verhältnissen noch lange nicht gerecht werdenden Schiedspruches ist nur zu berechtigt und die Verantwortung der Frage: Was in dieser Sache seitens der Organisation bereits unternommen wurde, kann nicht auf die ferne Zukunft erhoben werden. Denn selbst bei Auszahlung des von den Unternehmern abgelehnten Schiedspruches von 34,3 Pfg. an der Spitze für Männer und 25,8 Pfg. für Weibliche pro Stunde bei den verschiedenen Abteilungen für Hilfsarbeiter und Jugendliche kommen bei der jetzt allgemein üblichen Arbeitszeit von 32 Stunden ganze 10,97 Mark an der Spitze für Männliche und 8,25 Mark für Weibliche abzugeben. Hierden sind noch die gesetzlichen Abzüge abzuziehen. Das sind Hungerlöhne, mit denen weder ein Schlichter Philipp, ein Direktor Schuch oder Riepel noch ein Gewerkschaftsangehöriger Fritsch zufrieden sein würde. Diese Summen langen höchstens zur Befriedigung der Hunde dieser Herren. Die schlechtesten Textilarbeiter haben jetzt ein Drittel weniger Einkommen als im Frieden. Dafür aber 50 bis 100 Prozent teurere Preise als vor dem Kriege. Das ist die Auswirkung der Politik jener, welche in wenigen Tagen in Schwarzrotgoldener Aufmachung den Verfallungstag begehen wollen: derselben Verfassung, in der es im § 151 so schön auf dem Papier heißt:

Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundfähen der Gerechtigkeit (?) mit dem Ziele der Gewährleistung eines

Genosse!

Du bist besetzt von der Goldwärgkeit mit unsern inhabierten Brüdern.

Hast Du schon organisiert

„agitiert für die Rote Hilfe“? Wenn nicht, dann beeile Dich:

die „Rote Hilfe“

muh ausgebaut werden, muh ergiebiger stiehe... im Betrieb?

Ja, im Betrieb ist ihr Ursprung und ihre Kraft!

menschenwürdigen Bajeros (für 3 Mark die Woche) für alle entsprechen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind ein Schick auf den Artikel der Verfassung und eine Schande für diejenigen, welche diesen kapitalistischen Staat zu stützen sich verpflichtet fühlen.

In russischen Betrieben.

Die Städte des Bezirkes ist meist ein guter Maßstab für den Gang der Wirtschaft. Als wir um 9 Uhr im Auto nach dem 100 Kilometer entfernten Seraguchow aufbrechen, sind die Straßen im Zentrum der zwei Millionenstadt mit Autos, Straßen, überfüllten Straßenschmuggeln, die sich oft zu längeren Zügen flauen und Menschen beängstigend gefüllt. Den Verkehr des angeblich „roten Moskauer“ mit dem einer deutschen Stadt zu vergleichen, ist nicht möglich. Er ist nicht so stark als in Berlin, aber weit härter als in Hamburg und man trägt sich mit dem Gedanken, Untergrundbahnen zu bauen. Auf der Fahrt sehen wir überall Straßen- und Brückenbauarbeiten. Es geht durch freundliche Dörfer, grüne Wälder und wogende Getreidefelder. Große Kinder- und Schafherden weiden an vielen Stellen.

In der Textilstadt Seraguchow sind fünf Betriebe. Hier davon sind im Gang und beschäftigten 17000 Arbeiter. Ein fünfter wird am 7. August geöffnet, nachdem er sieben Jahre geschlossen war. Gegen 5000 Arbeiter finden dort Beschäftigung. Die Führung durch die Betriebe übernimmt der Betriebsrat und der Leiter des Konzerns. Der gesamte Produktionsprozeß von der Rohbaumwolle bis zum verarbeiteten Stoff wird uns vorgeführt. Überall wird intensiv gearbeitet, jedoch nicht mit jener angestrengten Hast, die den deutschen Belegschaften eigen ist. Viele Arbeiter werden sich an uns mit den reichhaltigen Fragen, die eine klare politische Anteilnahme an internationalen Maßstab betonen. In jedem Betriebe sind an großen schwarzen Tafeln Bekanntmachungen des Betriebsrates und der Direktion, sowie Aufrufe zur Unterstützung der Oper in den kapitalistischen Ländern u. a. m. Das politische und geistige Zentrum des Betriebes ist der

Leitungsstab. Hier findet man in großen Umfang politische und wissenschaftliche Literatur. Ferner ist derselbe in die verschiedenen Abteilungen geteilt. So für deutsche, russische, polnische, allgemeine Politik, Jugendwesen, Frauenfragen, Sozialökonomie usw. Alle einschlägige Literatur, Zeitungen und Blätter sind in jeder Abteilung zur klaren Uebersicht angeordnet. So ist z. B. in der deutschen Abteilung der ganze Verlauf des Ruhrkampfes durch Zeitungsabrisse und Bilder dargestellt. Wie überall, so vor allen Dingen in den Betrieben wird ein scharfer ideologischer Kampf gegen Kirche und Religion geführt. So steht man überall Mastale mit dem Bildnis Lenins und seinem Ausspruch: „Religion ist Opium für das Volk.“ Nach der Bekämpfung der Arbeiterheime und des Kinderheimes und nach Abhalten von vier Versammlungen, an der auch der letzte Arbeiter teilnahm, verstehen wir Serguchow mit der Ueberzeugung, daß die Arbeiterchaft reiflos hinter der Sowjetregierung steht, daß sie sich als Herr der Produktion fühlt und daß die politische, geistige und kulturelle Entwicklung stark aufwärts steigt.

Bericht von der Betriebszelle

der Firma Wölter & Nikolaiter, Bohrau-Gefersdorf.

Wie in anderen Industriegruppen, so entstand auch bei uns in der Steinindustrie der Kampf der Unternehmer gegen den Achtstundentag. Das Krankheitsphänomen ist schon zu sehen in dem Reichsarbeitsvertrag, wo es heißt, wenn es die wirtschaftlichen Notwendigkeiten eines Betriebes erfordern, sind vorübergehend neun Stunden zu arbeiten. Dieser Passus wurde auch bei den letzten Tarifverhandlungen mit im Tarif verankert. Als erste Firma im schlesischen Bezirk ging Wölter & Nikolaiter voran. Aber die Arbeiter hatten daraus gelernt, daß sie voriges Jahr glattweg acht Wochen auf der Straße liegen mußten. Da hatte sich kein Nikolaiter sehen lassen, er konnte keine Arbeiter; aber bei der neuen Ernte wußte er auf einmal wieder, wo seine Arbeiter sind. Als man mit der Belegschaft nicht zuhause kommen konnte, da riefen die Unternehmer nach Hilfe, indem sie den Gewerkschaftler Ernst Siegling anriefen mit der Begründung, daß sie die 9 Stunden forderten. Ernst schloß sich nicht auf das Abstimmungsresultat der Arbeitsstelle an, welches einstimmig war, sondern ging vom ganzen Bezirk Striegau-Striebel-Nikolausdorf-Streßen aus und behauptete, daß der Kampf um den Achtstundentag nicht geführt werden kann, da die Gefahr besteht, die Organisation geschwächer in die Betriebe, als sie jetzt besteht. Somit hatte die Firma Wölter und Nikolaiter den Neunstundentag erhalten. Obwohl Betriebsräte (S.P.D.) und S.P.D.-Arbeiter vorher tüchtig am Achtstundentag mit den Kommunisten gehalten hatten, vertrieben sie sich jetzt in der letzten Steinarbeiterversammlung hinter ihren Führer und nur die Kommunisten vertreten den Klassenstandpunkt wie zuvor. Es ist ja ein zu abgedrohtes Maßgeh, daß man in den Gewerkschaftsversammlungen die Opposition als die Dummheit der Summen hinstellen will. Die kommunistischen Arbeiter haben die Lehre des Klassenkampfes erkannt und werden ihren richtigen Weg gehen, trotz Schikanen von zwei Fronten.

Wie schaffen wir Betriebszellen?

Wo mindestens drei Genossen in einem Betrieb arbeiten, muß eine Zelle gebildet werden, jedoch gibt es unendlich viel Betriebe, in denen nur 1 oder 2 Kommunisten beschäftigt sind. Diese Genossen können keine Zelle bilden, müssen aber trotzdem in die neue Form der Organisation eingereiht werden. Sie müssen an die Zelle des nächstliegenden Betriebes angeheftet werden. Sie müssen die betreffenden Betriebszellenleitungen besuchen und an deren Arbeit teilnehmen.

Die kommunistische Zelle darf ihre Tätigkeit nicht nur auf ihren Betrieb beschränken, sondern auch auf alle jene Unternehmungen in ihrem Rahm, die keine Zelle besitzen, ausdehnen. Diese Arbeit wird erleichtert mit Hilfe der Genossen (des einen oder der zwei Kommunisten) des betreffenden Betriebes. Wo kein Kommunist in einem Betriebe arbeitet, muß diese alle die Mittel und Wege finden, sympathisierende Arbeiter in jenen Betrieben für die Ausführung der beschlossenen Arbeit zu finden. Die Notwendigkeit dieser Methode ist erwiesen. So war es in einem industriellen Vorort von Paris zuerst nur möglich, eine einzige Zelle zu bilden. Diese, die eine aktive Leitung hatte, die das Problem der Reorganisation der Partei gut begriffen hatte, ging so vor, wie wir es oben schilderten. Die Stammszelle nahm in ihren Schoß diejenigen isolierten Genossen auf, die in den nächstliegenden Betrieben arbeiteten. Die Zellenzeitung — wie uns die Genossen mitteilen — veröffentlichte auch interessante Tatsachen aus diesen benachbarten Betrieben. Durch eine gute Verteilung der Zeitungen merkten die Belegschaften, daß die kommunistische Partei sich um sie kümmerte, und zwar um ihre ureigenen, kleinen Forderungen. Nach und nach meldeten sich Mitarbeiter mit Betriebsberichten. Die Belegschaften selbst warteten mit Ungeduld auf das Erscheinen der neuen Nummer der Zellenzeitung. Die Sympathie für die kommunistische Partei stieg. Unsere Versammlungen in den betreffenden Stadtvierteln wurden immer besser besucht. Die Betriebsrearrangements bei Arbeitslosh waren ein Erfolg. Eine Reihe der Sympathisierenden ließ sich in die Partei aufnehmen. Als auf diese Weise die Anzahl der Kommunisten in den benachbarten Betrieben gestiegen war, wurde es möglich, drei neue Zellen zu bilden. In einiger Zeit wird das bei anderen naheliegenden Betrieben ebenfalls möglich sein.

„Humanite“ vom 18. Juli 1924.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Reichnig, Breslau; Korrekte: Arthur Müller, Breslau; Verlag: Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. B. H., Breslau. Druck: Neuwag-Berlin, Filiale Breslau.

Schauspielhaus
Operntheater
Kgl. Ring 254.
Spende
am täglich 8 Uhr.
Schauspielhaus
Operntheater
Kgl. Ring 254.
Spende
am täglich 8 Uhr.
Schauspielhaus
Operntheater
Kgl. Ring 254.
Spende
am täglich 8 Uhr.

Kämpfende Proletariat Deutschlands

Der Knüppel

liest die illustrierte satirische Arbeiterzeitung

Der Knüppel

zu haben bei allen Buchhandlungen oder direkt durch die Buchhandlung der Produktionsgenossenschaft, Breslau, Erebnitzer Str. 50. Coblen erschien Nr. 1 / Preis 20 Pfg.

Mit dieser schlägt ihr

Gämtliche Politische Dummköpfe!

Einem neuen Leser, Genosse!

Bestellchein

auf die

„Schlesische Arbeiter-Zeitung“

Name _____

Beruf _____

Ort _____

Wohnung, Straße _____

Füllen Sie sofort diesen Bestellchein aus. Frankieren Sie ein Kuvert mit 3 Pfg., und schicken Sie dies als Drucklosche an die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, Breslau 10, Erebnitzer Straße Nr. 50.

Schweidnitz, Volksgarten

Sonnabend, der 9. August, abends 8 Uhr

Internationale Arbeiter-Hilfe:

Vortrag

revolutionärer Dichtungen

dem Gedächtnis der

Weltkrieg „Hingeschlachten Völker“

Platz dem Arbeiter!

Die alten Probleme, die in der gegenwärtigen Lage stehen, werden praktisch gelöst, wenn die Arbeiterklasse sich der Kampf um den Achtstundentag. Die Arbeiterklasse hat die Aufgabe, die Arbeiterklasse zu organisieren, die Arbeiterklasse zu organisieren, die Arbeiterklasse zu organisieren...

Der Kampf um den Achtstundentag ist ein Kampf um die Freiheit der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren...

Die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren. Die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren...

Das Problem des Achtstundentages ist ein Kampf um die Freiheit der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren...

Die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren. Die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren...

Der Kampf um den Achtstundentag ist ein Kampf um die Freiheit der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren...

Die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren. Die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren...

Der Kampf um den Achtstundentag ist ein Kampf um die Freiheit der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren...

Die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren. Die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren...

Für den Achtstundentag gegen die blauen Briefe!

Die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren. Die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren, die Arbeiterklasse muss sich organisieren...